



Tagesordnung der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Braunsbedra

Die öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Braunsbedra findet

am: 27.03.2024
um: 18:30 Uhr
im: Rathaus der Stadt Braunsbedra, Sitzungssaal

mit folgender **Tagesordnung** statt:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung im öffentlichen Teil
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 06.03.2024
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten SR-558/2024
7. Beschluss über die Feststellung der Sitzverteilung im Hauptausschuss SR-556/2024
8. Neubenennung des Vorsitzes für den Schul-, Sozial- und Kultur- und Sportausschuss SR-557/2024
9. Anfragen und Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

10. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil
11. Personalangelegenheit PV-014/2024
12. Bericht des Bürgermeisters
13. Anfragen und Anregungen
14. Schließung der Sitzung

Protokoll

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Braunsbedra

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 27.03.2024
Ort:	Rathaus der Stadt Braunsbedra, Sitzungssaal
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:24 Uhr

Anwesende Mitglieder

Stadträte

Herr Ronny Brandt - CDU
Herr Sven Czekalla - CDU
Herr Thomas Geißler-Bretschneider - Bürgerinitiative Braunsbedra
Herr Vincent Grätsch - CDU
Herr Jörg Härzer - AFD
Herr Günter Küster - SVF/RHV
Herr Bernd Leopold - SVF/RHV
Herr Hubert Pätzold - SPD
Herr Maik Pippel - FWG
Herr Michael Poprawa - AFD
Herr Thomas Schier - FFB
Herr Carsten Schmeißer - Bürgerinitiative Braunsbedra
Herr Steffen Schmitz - CDU
Herr Michael Krausemann - CDU/Friesen
Herr Thomas Mai - CDU
Herr Frank Soldmann - CDU
Herr Tilo Berndt - DIE LINKE
Herr Kay Weber - DIE LINKE
Herr Thomas Schulze - FFB
Herr Gunther Dwornikiewicz - FWG (FFB)
Herr Lutz Krautheim - FW
Herr Gerald Kegel - FWG (FFW)

Verwaltung

Frau Ulrike Böhm -
Frau Marion Eckner -
Herr Holger Goette -
Frau Conny Pohl -

Entschuldigte Mitglieder

Stadträte

Herr Ivo Burkhardt - CDU	entschuldigt
Herr Jürgen Höppner - AFD	entschuldigt
Herr Daniel Schneider - AFD	entschuldigt
Frau Lisa Stöffgen - Bündnis 90 / Die Grünen	unentschuldigt
Herr Marcel Wald - Einzelbewerber	entschuldigt
Herr Carsten Cechol - CDU	unentschuldigt

Tagesordnung

öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
 - 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung im öffentlichen Teil
 - 3 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 06.03.2024
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Bericht des Bürgermeisters
 - 6 Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten
 - 7 Beschluss über die Feststellung der Sitzverteilung im Hauptausschuss
 - 8 Neubenennung des Vorsitzes für den Schul-, Sozial- und Kultur- und Sportausschuss
 - 9 Anfragen und Anregungen
- nicht öffentlicher Teil:**
- 10 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil
 - 11 Personalangelegenheit
 - 12 Bericht des Bürgermeisters
 - 13 Anfragen und Anregungen
 - 14 Schließung der Sitzung

Niederschrift

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit

Herr Czekalla eröffnet die Stadtratssitzung.

Er begrüßt alle anwesenden Stadträte, die Amtsleiter Frau Eckner, Frau Böhm, Herrn Goette sowie die Protokollantin Frau Pohl.

Herr Czekalla stellt fest, dass die Tagesordnung zu dieser Sitzung entsprechend veröffentlicht wurde und dem Stadtrat mit der Einladung und den Beschlussvorlagen zugegangen ist. Die Ladungsfrist wurde eingehalten. Von 28 Stadträten sind mit dem Bürgermeister 22 anwesend. Der Stadtrat ist beschlussfähig.

2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung im öffentlichen Teil

Herr Czekalla bittet um das Rederecht für Herrn von Reitzenstein im Tagesordnungspunkt 5:

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen
28	22	15	1	6	-

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung im öffentlichen Teil.

Herr Czekalla bittet um Abstimmung des öffentlichen Teils der Tagesordnung:

Herr Czekalla bittet um das Rederecht für Herrn von Reitzenstein im Tagesordnungspunkt 5:

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen

28	22	15	1	6	-
----	----	----	---	---	---

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung im öffentlichen Teil.

Herr Czekalla bittet um Abstimmung des öffentlichen Teils der Tagesordnung:

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 06.03.2024

Herr Czekalla informiert, dass am 06.03.2024, im nicht öffentlichen Teil der Sitzung, keine Beschlüsse gefasst wurden.

4. Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin äußert Beschwerde über die Öffnungszeiten des Einwohnermeldeamtes. Sie hat einen Termin in 6 Wochen bekommen und muss nach der Beantragung des Reisepasses weitere 6 Wochen warten – diese Zeit ist zu lang, gerade wenn man kurzfristig verreisen möchte.

Die Bürgerin möchte weiter wissen, ob die Regelung mit der Terminvereinbarung so bleibt?

Frau Eckner antwortet, dass man sich weiter für die Terminvereinbarung entschieden hat, da man gute Erfahrungen damit gemacht hat. Gerne kann aber geschaut werden, ob im Fall der Bürgerin ein anderer Termin gefunden wird.

Eine Bürgerin (welche im Heimatverein Schortau aktiv ist) äußert, dass ein Termin beim Bürgermeister stattgefunden hat, zu welchem eine Mängelliste besprochen wurde.

Kleinere Baustellen dieser Liste wurden erledigt, andere hingegen haben immer noch Bestand und sind größer geworden (1.-die Überlaufgräben am Teich sind voll, 2.-die Verkehrsbeschilderung muss in der Ringstraße erneuert werden, 3.-eine Mauer wurde so errichtet, dass die Straße nicht mehr eingesehen werden kann, 4.-das Pflaster auf dem Friedhof in Schortau ist seit mind. 4 Jahren so schlecht, dass der Weg nur noch schlecht genutzt werden kann).

Die Bürgerin möchte wissen, zu welchem Zeitpunkt die Stadt diese Mängel beheben möchte.

Herr Schmitz antwortet, dass einige Themen in der Verwaltung besprochen wurden und eine Behebung der Mängel erfolgt.

Herr Poprawa greift das Thema Friedhof in Schortau auf und äußert, dass ihm Unfälle bekannt sind und das die Wege mit Priorität verbessert werden müssen.

Eine Bürgerin spricht die zur letzten Sitzung gestellten Fragen an und sagt, dass sie bis heute keine Antwort auf diese Fragen hat.

Herr Schmitz antwortet, dass lt. Geschäftsordnung Fragen innerhalb von 6 Woche schriftlich beantwortet werden müssen, diese Zeit noch nicht verstrichen ist, aber die Antwort in den nächsten Tagen versendet wird.

Weiter möchte die Bürgerin wissen, wie sich die Verwaltung zur Werbung / Informationsbroschüre der AVG positioniert? Die in der Broschüre gezeigte Flächenansicht sei nicht realistisch und nicht angemessen, da das Verfahren noch läuft und nichts entschieden ist.

Herr Czekalla äußert, dass die Verwaltung wenig Einfluss auf solche Werbung hat.

Herr Mai sagt, dass die Stadt Braunsbedra nicht beteiligt ist, sondern lediglich der Träger der Bauplanung.

Herr Poprawa äußert, dass das Projekt „sterben“ muss.

Eine Bürgerin ist der Meinung, dass die Stadt sich positionieren muss.

Herr Schmitz äußert, dass man im Bauleitverfahren zwangsläufig, als Stadt involviert ist, aber nur der Vorhabenträger viel mehr und detaillierte Infos zum geplanten Vorhaben geben kann.

Herr Poprawa äußert, dass so viele Bürger gegen dieses Vorhaben sind und der Bürgermeister nicht dafür sprechen kann.

Eine Bürgerin spricht die Veranstaltung: „CACIT 2024“ in Braunsbedra an. Nach der Veranstaltung gab es viel Kritik (zur Organisation, zur Anreise, zum Bombenfund und über Straftzettel für Falschparker) und das obwohl, nach der letzten Veranstaltung 2023 gesagt wurde, dass man es 2024 besser machen will.

Herr Schmitz antwortet, dass zum Thema Bombenfund keine Diskussionen erforderlich sind. Wenn eine Bombe gefunden wird, muss diese entschärft werden – Gefahrenabwehr geht immer vor. Zum Inhalt und Teilnehmerkreis habe man keine unterschiedliche Meinung. Allerdings müssen die vereinbarten Absprachen und Regeln eingehalten werden – so wie es mit dem Veranstalter besprochen wurde.

Herr Poprawa äußert, dass das Ordnungsamt bei solchen Veranstaltungen auch mal ein Auge zudrücken sollte.

Eine Bürgerin merkt an, dass sie es respektlos findet, wenn es Stadträte gibt, die Anfragen der Bürger belächeln. Respekt gegenüber den Bürgern sollte immer gegeben sein. Weiter sagt die Bürgerin, dass zur letzten Stadtratssitzung mehrheitlich für die Bürgerbefragung gestimmt wurde und Sie möchte wissen wie es weitergeht und die zeitliche Abfolge ist.

Herr Schmitz antwortet, dass gegen den Beschluss zum Bürgerbegehren Widerspruch eingelegt wurde, da er diesen als rechtswidrig hält. Der Stadtrat muss nun erneut über diesen Beschluss befinden, was am 17.04.2024 der Fall sein wird und dann kommt es auf die Entscheidung an. Bleibt der Stadtrat bei seiner Entscheidung und hält er es immer noch für rechtswidrig, muss er wieder Widerspruch dagegen einlegen. Danach entscheidet die Kommunalaufsicht.

Beim zweiten Beschluss zum städtebaulichen Vertrag, welcher ebenfalls abgelehnt ist, wurde Widerspruch eingelegt und damit wird auch dieser Beschluss zur nächsten Sitzung noch einmal behandelt.

Eine Bürgerin erläutert, dass Sie sich in der Fraktion der Feuerwehr und CDU zum Thema Solaranlage ausgetauscht haben und man am Ende zu der Erkenntnis gekommen ist, dass es für die Kommune um die Akzeptanzabgabe geht. Sie hinterfragt nun den Mehrwert für diese Akzeptanzabgabe und sie möchte wissen, wo das Geld eingesetzt werden soll? Da man jetzt schon mehrfach gehört hat, dass es anscheinend nicht in die Sanierung der Kitas geht, sonst würden nicht immer wieder Mängel (von Herrn Brandt) angesprochen werden. Es gab in den vergangenen Jahren ein Plus im Haushalt, warum wurde zu diesen Zeiten nicht saniert? Jetzt die Akzeptanzabgabe als Mehrwert zu bezeichnen, ist in ihren Augen nicht korrekt.

Herr Schmitz antwortet, dass auch in den letzten Jahren immer in die Kitas investiert wurde (auch in die Kita in Krumpa). Auch wurde über die Jahre ein Bautrupps aufgebaut, um immer wieder Arbeiten, selbstständig und in Eigenleistung durchzuführen. Wir sind trotzdem seit vielen Jahren, mit der Haushaltslage auf einem relativ, konstanten, niedrigen Niveau. Weiterhin haben wir viele freiwillige Ausgaben (Bibliothek, der Jugendclub und die Sportanlagen) welche man sich leistet. Wenn wir aber weiterhin im Defizit sind, muss man sich ernsthaft Gedanken über diese freiwilligen Leistungen machen und wie man die nächsten Jahre damit umgeht. Bei der derzeitigen Haushaltslage und den Aussichten auf die kommenden Jahre sieht dies nicht gut aus und die Stadt braucht jeden Euro. Ohne das Projekt ist nicht klar, wann wir mal wieder in die positiven Zahlen kommen.

Herr Poprawa möchte wissen, wie lange man noch über die Photovoltaikanlage sprechen und abstimmen möchte?

Herr Schmitz antwortet, dass heute nichts dazu abgestimmt wird. Es werden Fragen der Bürger zum Thema beantwortet.

Eine Bürgerin möchte wissen, wie mit den Stellungnahmen weiter verfahren wird, inwieweit die Stadträte eingebunden sind und wann mit Antworten zu rechnen ist.

Herr Schmitz antwortet, dass die Einwendungen alle in den Prozess eingeflossen sind und die Stadträte heute alle Stellungnahmen / Abwägungen in Ordnern übergeben bekommen. Der Abwägungsprozess soll in der Stadtratssitzung am 15.05.2024 abgeschlossen werden. Danach erfolgen die Antwortschreiben.

Eine Bürgerin möchte wissen, ob auch die zweiten Stellungnahmen in den übergebenen Ordnern verarbeitet sind? Ohne die beantragte Fristverlängerung?

Herr Schmitz antwortet, dass auch diese Stellungnahmen eingearbeitet wurden.

Ein Bürger hat eine Verständnisfrage, dass nicht verständlich ist, warum muss noch einmal ein Widerspruch gegen die Beschlüsse eingelegt werden muss. Die Kommunalaufsicht sollte entscheiden.

Herr Schmitz antwortet, dass rechtliche Begutachtungen und eigene Bewertungen der Sachen vorgenommen wurden und diese haben ergeben, dass die Beschlüsse rechtswidrig sind. Wenn wir dieser Überzeugung sind, dass dieses Bürgerbegehren rechtswidrig ist, muss ein Widerspruch (lt. KVG) erfolgen. Die Verantwortung als Bürgermeister wird damit wahrgenommen.

Der Bürger hinterfragt noch einmal, dass jetzt festgestellt wurde, dass das Bürgerbegehren rechtswidrig ist?

Herr Schmitz bejaht diese Anfrage.

Herr Poprawa sagt, dass wenn die Bürger von Braunsbedra diese Anlage nicht möchten, sollten die Stadträte dies akzeptieren und danach handeln. |

5. Bericht des Bürgermeisters

Herr Schmitz informiert über Tod des Ehrenbürgers Herr Andreas Kühn, welcher durch einen tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist. Ebenfalls verstorben ist der ehemalige Stadtrat Herr Hans-Joachim Ille und Winzer Herr Rolf Reifert. Herr Schmitz bittet die Anwesenden um eine Schweigeminute.

Herr Schmitz gratuliert Herrn Schmeißer nachträglich zum Geburtstag.

Herr Schmitz informiert:

- Arbeitsgemeinschaft – Fahrradfreundliche Kommunen
- am 14.03.2024 wurde die Urkunde, zum Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft, übergeben
- das Land unterstützt dieses Projekt

AVG / Sonnenquelle

- das Thema Abwägung wurde im Vorfeld der Sitzung besprochen
- jeder Stadtrat bekommt die Unterlagen vom Planungsbüro übergeben
- Hinweis: am 09.04.2024 ist das Planungsbüro noch einmal in der Verwaltung und beantwortet Fragen

Der aktuelle Stand wird durch Herrn v. Reitzenstein erläutert:

-3 Blöcke zur Aufteilung (1. Stand B-Plan verfahren, 2. Nutzen für Geiseltal und 3. welche Bauvorbereitenden Maßnahmen laufen)

1.

- Landkreis erteilt temporäre Befreiung für LSG
- Landkreis und auch Bürger wünschen den Nachweis über den Strombedarf
- Gespräche mit Linde sind noch einmal erfolgt und wird dies auch in einer Sitzung/Veranstaltung bestätigen, wenn es gewünscht wird
- Anmerkungen der Jäger, zu den Wildkorridoren wurden überarbeitet
- Anmerkungen des NABU wurden umgesetzt
- eine Visualisierung der Anlage wurde auf der Homepage vorgenommen

2.

- 1. Million pro Jahr für die Kommune
- Stromvermarktung – Zusage von Linde über Strombedarf
- Bürgerstromtarif über EEG-Zuschlag ist für 20 Jahre vom Staat gesichert
- Bürgerinvestitionen wurden von 4 % auf 6 % erhöht wurden, d.h. die Bürger, die mit investieren, können für 6 % ihre Anlage erstellen

3.

- Schrottlinde wurde erworben und vom Müll befreit
- Kampfmittelräumung ist aktuell im Gang
- bis 15. Mai wird alles ausgearbeitet sein, damit es in die Realisierung gehen kann

Herr Schmitz sagt, dass sich das Vorhaben schon deutlich herumgesprochen hat und man jetzt häufiger Gespräche / Anfragen von Unternehmen hat, welche von „grünen Strom“ profitieren wollen.

Herr Schmitz erläutert/informiert weiter:

Bombenentschärfung

- Dank an alle Einsatzkräfte

Anradeln

- Karfreitag findet das traditionelle Anradeln statt
- Treffpunkt ist 10 Uhr an der Marina Braunsbedra

Feuerwehr

- am 19.04.2024 findet die Jahreshauptversammlung der Feuerwehr in der Barbarahalle statt

Großkayna

- neue Arztpraxis

Braunsbedra

- neue Paketstation bei Rewe

6. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten

SR-558/2024

Herr Schmitz erläutert die Beschlussvorlage.

In § 11 der Hauptsatzung der Stadt Braunsbedra ist geregelt, dass zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister eine in der Verwaltung hauptberuflich Tätige bestellt und mit der Gleichstellungsarbeit betraut.

Über viele Jahre war Frau Viola Schieck die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunsbedra. Durch den Austritt von Frau Schieck zum 31.12.2023 ist dieses Amt nun neu zu besetzen.

Die Gleichstellungsbeauftragte ist, in ihrer Funktion, unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt und in der Ausübung der ihr übertragenen Tätigkeiten fachlich unabhängig. Sie kann an allen Sitzungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse sowie der Ortschaftsräte teilnehmen. Ihr ist auf Wunsch in Angelegenheiten ihres Aufgabenkreises das Wort zu erteilen.

Die Wahrnehmung der Gleichstellungsarbeit wurde verwaltungsintern bis zum 21.02.2024 ausgeschrieben. Lina-Marie Komorowsky meldete sich auf die Ausschreibung und bekundete ihr Interesse. Ihr wurden die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in einem Gespräch erläutert und die bestehenden Fragen beantwortet. Sie erklärte sich bereit, die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten zu übernehmen.

Der Stadtrat der Stadt Braunsbedra bestellt die Beschäftigte Lina-Marie Komorowsky zur Gleichstellungsbeauftragten.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen
28	22	21	1	-	-

7. Beschluss über die Feststellung der Sitzverteilung im Hauptausschuss SR-556/2024

Herr Czekalla erläutert die Beschlussvorlage.

Die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse ist im § 47 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) geregelt. Nach Abs. 1 werden die Ausschüsse in der Weise gebildet, dass die von der Vertretung festgelegten Sitze auf die Vorschläge der Fraktionen der Vertretung entsprechend dem Verhältnis der Mitgliederzahl der einzelnen Fraktionen zur Mitgliederzahl aller Fraktionen verteilt werden. Dabei erhält jede Fraktion zunächst so viele Sitze, wie sich für sie ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Satz 1 ergeben, auf die Fraktionen zu verteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteil entscheidet das Los, das der Vorsitzende der Vertretung zu ziehen hat. Die Fraktionen benennen die Mitglieder der Ausschüsse; der Hauptverwaltungsbeamte bleibt unberücksichtigt.

Gemäß § 47 Abs. 4 KVG LSA muss ein Ausschuss auf Antrag einer Fraktion neu besetzt werden, wenn seine Zusammensetzung nicht mehr dem Verhältnis der Stärke der Fraktionen der Vertretung entspricht.

Die Fraktion CDU/Friesen hat in der Stadtratssitzung vom 06.03.2024 den Antrag auf Neubesetzung bzw. Überprüfung der Besetzung der einzelnen Ausschüsse gestellt. Hintergrund ist, dass zwei Mitglieder der Fraktion Bürgerinteressen Bündnis 90/Die Grünen/DIE LINKE/FDP aus dieser Fraktion ausgetreten sind.

Die Fraktionen haben danach folgende Mitgliederzahlen:

- Fraktion CDU: 10
- Fraktion AfD: 4
- Fraktion FWG: 7
- Fraktion Bürgerinteressen Bündnis 90/Die Grünen/ DIE LINKE: 3

Insgesamt sind damit 24 von 27 Stadträten in Fraktionen.

Für den Hauptausschuss, der gemäß der Hauptsatzung der Stadt Braunsbedra mit 8 Sitzen zu besetzen ist, ergibt sich nunmehr folgendes Bild:

8 Sitze	Mitgliederzahl Fraktion * Sitze	Sitze nach ganzen Zahlen	Sitze nach höchsten Zahlenbruch-	Gesamtanzahl der Sitze

	Mitgliederzahl aller Fraktionen		teilen	
CDU/Friesen	3,33333	3	→Los	
AfD	1,33333	1	→Los	
FWG	2,33333	2	→Los	
BürgerInteressen	1	1		1

Der Vorsitzende der Vertretung muss gem. § 47 Abs. 1 Satz 4 KVG ein Los ziehen, da die Zahlenbruchteile der Fraktionen CDU/Friesen, AfD und FWG gleich sind und noch ein Platz im Hauptausschuss zu besetzen ist. Die Fraktion Bürgerinteressen hat nunmehr nur noch einen Sitz im Hauptausschuss (ursprünglich 2 Sitze).

Frau Böhm führt das Wahlverfahren durch und Herr Czekalla zieht das Los.

Die Fraktion FWG bekommt das Los und kann damit den zusätzlichen Platz im Hauptausschuss neu besetzen.

Herr Thomas Schulze als Vorsitzender der Fraktion FWG nennt Herrn Lutz Krautheim als neues Mitglied.

Herr Berndt hatte aktuell 2 Vertreter im Ausschuss und nach der neuen Sitzverteilung nur noch 1 Sitz, welchen Herr Tilo Berndt besetzt.

Der Stadtrat der Stadt Braunsbedra stellt für den Hauptausschuss folgende Sitzverteilung fest:

Fraktionen:	Sitze:	Mitglieder:
Fraktion CDU/Friesen	<u>3</u>	<u>Sven Czekalla</u> <u>Ivo Burkhardt</u> <u>Günter Küster</u>
Fraktion AfD	<u>1</u>	<u>Daniel Schneider</u>
Fraktion FWG	<u>3</u>	<u>Thomas Schulze</u> <u>Maik Pippel</u> <u>Lutz Krautheim</u>
Fraktion Bürgerinteressen Bündnis 90/Die Grünen/ DIE LINKE	<u>1</u>	<u>Tilo Berndt</u>

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen
28	22	21	1	-	-

8. Neubenennung des Vorsitzes für den Schul-, Sozial- und Kultur- und Sportausschuss SR-557/2024

Herr Schmitz erläutert die Beschlussvorlage.

Die Vorsitze der beratenden Ausschüsse werden gemäß § 7 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunsbedra den Fraktionen im Stadtrat in der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d'Hondt zugeteilt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das der Vorsitzende des Stadtrates zieht. Die Fraktionen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitze sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen den Vorsitzenden.

Auf Grund des Austritts von Herrn Geißler-Bretschneider und Herrn Härzer aus der Fraktion Bürgerinteressen ergibt sich nunmehr für die beratenden Ausschüsse folgendes Besetzungsbild:

<i>Fraktion</i>	<i>Sitze</i>
CDU/Friesen	3
AfD	1
FWG	2
Bürgerinteressen	1

Die Sitzverteilung für alle beratenden Ausschüsse hat sich demnach **nicht** verändert.

Nach der in § 7 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunsbedra angegeben d'Hondt-Berechnung für die Vorsitze bzw. die Reihenfolge Ihrer Beanspruchung, ergibt sich folgendes Bild:

<i>Fraktion</i>	<i>Berechnung</i>	<i>Höchstzahlen</i>	<i>Zugriffsrecht</i>
CDU/Friesen	3:1	3	1.
	3:2	1,5	3.
	3:3	1	
AfD	1:1	1	
	1:2	0,5	
	1:3	0,3	
FWG	2:1	2	2.
	2:2	1	
	2:3	0,6	
Bürgerinteressen	1:1	1	
	1:2	0,5	
	1:3	0,3	

Die Fraktion Bürgerinteressen verliert somit ihr Zugriffsrecht für die Beanspruchung eines Vorsitzes für einen beratenden Ausschuss. Insoweit steht dieser Fraktion der durch sie derzeit beanspruchten Vorsitz des Sozialausschusses nicht mehr zu. Dagegen steht der Fraktion CDU/Friesen nunmehr ein Zugriffsrecht auf einen Vorsitz- hier dem Sozialausschuss- zu. Der Vorsitz des Ordnungsausschusses ist durch die Fraktion FWG mit dem 2. Zugriffrecht besetzt. Das Zugriffsrecht der FWG hat sich nicht geändert.

Herr Soldmann schlägt Herrn Ronny Brandt als Ausschussvorsitzenden vor.

Der Stadtrat der Stadt Braunsbedra benennt für den Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss folgenden Vorsitzenden:

Herr Ronny Brandt

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen
28	22	21	1	-	-

9. Anfragen und Anregungen

Herr Schier möchte wissen:

1. Warum der Beschluss zum Bürgerbegehren noch einmal abgestimmt werden musste und nicht gleich der Kommunalaufsicht übergeben wurde.
2. Wie kann Linde den Strom abnehmen, wenn keine Leitungen vorhanden sind? Laut seinen Informationen werden auch keine Leitungen verlegt, da kann die Firma Linde mehrfach sagen, dass sie diesen Strom brauchen.

Herr Schmitz beantwortet:

1. Das Verfahren bei einem Verwaltungsbeamten ist im Gesetz so festgelegt, dass zuerst der Stadtrat die Möglichkeit bekommt darüber zu reden. Sollte der Stadtrat bei seiner Entscheidung bleiben, es an die Kommunalaufsicht geht.
2. Betrifft die Direktleitung zu Linde, was die Firma Linde auch favorisieren würde, aber leider nicht möglich ist. Es gibt jetzt Überlegungen eine Direktleitung zu schaffen (über die Agri PV-Anlage Krumpa, durchs Addinolgelände, am Nordrand entlang, nach Großkayna rüber, ein Stück über den Runstedter Weg und dort nach Beuna).
- 3.

Herr Czekalla bittet um Abstimmung zum Rederecht für Herrn v. Reitzenstein:

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder	anwesend	ja	nein	enthalten	ausgeschlossen
28	22	20	1	1	-

Herr v. Reitzenstein sagt, dass alles noch in Klärung ist und Gespräche laufen. Unabhängig davon, wie entschieden wird, ist es wichtig, dass der Strom grün produziert wird, damit auch der Wasserstoff als „grün“ anerkannt wird, da dieser mit „grünen Strom“ produziert wird. Von daher ist Linde darauf angewiesen, eine Versorgung mit „grünen Strom“ zu benennen.

Herr Grätsch äußert, dass das Thema Bürgerbegehren eine große Bedeutung hat und der Bürgermeister ist der Auffassung, dass der Beschluss nicht korrekt ist. Die Mehrheit der Stadträte hat sich dennoch für die Beteiligung der Bürger ausgesprochen, deshalb hat er einen Kompromissvorschlag / Antrag, über eine Bürgerbefragung, eingereicht. Das bedeutet,

dass diese Bürgerbefragung zwar keine Rechtskraft hat, aber man bekommt einen Einblick über die Meinung der Bürger.

Er übergibt den Antrag über eine Bürgerbefragung – s. Anlage 1.

Weiter möchte Herr Grätsch von Herrn v. Reitzenstein wissen, ob man immer noch zu den damals gesagten Worten steht: Man realisiere die Anlage nur, wenn die Mehrheit der Bürger dafür sind.

Herr v. Reitzenstein antwortet, dass man zu den Veranstaltungen immer wieder Zuspruch für das Projekt erhält und man nicht der Ansicht ist, dass die Anlage nicht gewollt ist.

Herr Schmitz antwortet zum Thema Bürgerbefragung, dass dieser Punkt mehrfach diskutiert wurde und die rechtliche Grundlage für eine Bürgerbefragung auf dem gleichen Ausschlussstatbestand ist wie ein Bürgerbegehren. Also ist eine Bürgerbefragung im aktuellen Verfahren nicht zulässig.

Herr Grätsch äußert, dass die Formulierung im Antrag so lautet, dass in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Frage erarbeitet werden soll, um die Bürgerbefragung rechtssicher zu machen.

Weiter sagt er, dass er verwundert ist, dass der städtebauliche Vertrag wieder auf die Tagesordnung soll – hat dieser keine 6-monatige Sperrfrist?

Herr Schmitz antwortet, dass es nicht um die Erarbeitung der Frage geht, das Ansinnen ist das selbe. Auch gilt bei einem Widerspruch keine Sperrfrist, da es sich hierbei um eine andere Rechtsgrundlage handelt.

Herr Poprawa äußert, dass er keinen Bürger kennt, welcher für das Projekt ist.

Herr Schier regt an, dass lt. Presse, in Farnstädt auch eine Bürgerbefragung stattgefunden hat, daran sollte man sich orientieren.

Herr Schmitz antwortet, dass sich Farnstädt in einer ganz anderen Verfahrenssituation befindet und es kein laufendes B-Planverfahren gibt. Weiterhin wurden alle Informationswege eingehalten und über die letzten Jahre waren die Stadträte immer involviert und keiner hat bis jetzt jemals Bedenken geäußert. Der Träger der Planungshoheit ist der Stadtrat. Die Verwaltung gibt die Impulse, aber die Stadträte sind von Anfang an informiert und eingebunden und hätten auch vor 3 Jahren schon sagen können, dass eine Bürgerbefragung erfolgen soll. Jetzt befindet man sich im laufenden Verfahren, wo eine gewünschte Bürgerbefragung nicht zulässig ist.

Herr Brandt merkt an, dass Anträge vor Beurteilung angeschaut und besprochen werden sollten.

Herr Brandt bedankt sich für die Antworten auf seine Frage und möchte dazu noch wissen, zu welchem Zeitpunkt die Toilette in der Kita-Krumpa getauscht werden soll.

Herr Schmitz antwortet, dass der Auftrag dafür raus ist.

Herr Grätsch reagiert auf die Aussage von Herrn Schmitz und sagt, dass es richtig ist, dass man seit 3 Jahren in das Thema eingebunden ist, aber die detaillierte Größe bis dato nie bekannt war.

Herr Schmitz antwortet, dass von Anfang an die Größe der Anlage bekannt war.

Herr Berndt spricht noch einmal die angesprochene Hundeveranstaltung auf dem Sportplatz an. Die angesprochenen Punkte waren vertraglich klar geregelt und daran muss sich gehalten werden. Auch wird nachträglich eine Auswertung der Veranstaltung erfolgen und mit dem Veranstalter besprochen.

Herr Berndt bittet Herrn Czekalla, mehr auf Ordnung zu achten und das auf einen respektvollen Umgang untereinander geachtet wird.

Herr Czekalla nimmt sich dieser Bitte an und wird in der kommenden Sitzung mehr darauf achten.

Herr Czekalla bittet um eine 5-minütige Pause und es geht um 20:05 Uhr weiter. |

nicht öffentlicher Teil:
